

Meinungsäußerungen im Rahmen ihrer ehrenamtlichen, politischen Arbeit angegriffen würden.

Seine Fraktion sehe die Sorgen der Bevölkerung wegen weiterer Stallbauten. Gerade deshalb setze man sich intensiv mit dem Thema auseinander und versuche, die kommunalen Einflussmöglichkeiten zu nutzen und zu wahren. Wichtig sei aber auch, das Verbraucherverhalten im Blick zu haben und hierauf im positiven Sinne einzuwirken. Diskussionsveranstaltungen wie Anfang 2014 mit Dr. Priesmeier, dem landwirtschaftlichen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zur „Zukunft der Landwirtschaft“ trügen dazu bei. Insgesamt seien die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten begrenzt und nicht einfach zu handhaben, weswegen man sich auch für eine Änderung des § 35 BauGB einsetze.

Die im März dieses Jahres gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich des Bbauungsplanes zur Steuerung vor Tierhaltungsanlagen im Außenbereich und die dazu beschlossene Veränderungssperre zeigten aber, dass man Steuerungsmöglichkeiten wahrnehmen wolle. Hier sei unsere Kommune Vorreiter, ohne dass die Planung ein Verhinderungsinstrument sein dürfe.

Nun werde zunächst der Bürgerauftrag, die Geruchsimmissionen in Gudensberg zu bekämpfen, umgesetzt. Dies geschehe erstens dadurch, Plukon den Bau der neuen Abluftreinigungsanlage im Geltungsbereich der Bauleitplanung zu ermöglichen, zweitens durch die bereits erreichte Schließung des Betriebes „Frizzi Tiernahrung“ in der unmittelbaren Nachbarschaft der Fa. Plukon und drittens durch die Fortführung der Planung zur Steuerung der Tierhaltungsanlagen im Außenbereich.

Die „Bürgerinitiative im Chattengau“ (BI) wolle nach eigenen Angaben die Fa. Plukon „vergraulen“. Über dieser Tatsache, dass ein Betrieb vertrieben werden soll, sei man entsetzt. Welcher Betrieb werde dann wohl als nächster vertrieben? Vielleicht die Logistikbetriebe wegen des hohen CO₂-Ausstoßes der Branche? Umso erfreulicher sei es, dass die Vertreter der BI das Gesprächsangebot der Stadt angenommen hätten. Es sei Zeit für Diskussionen und es gelte, diese zu nutzen.

Dieter Heer (CDU): Stadt muss für Gewerbebetriebe ein verlässlicher Partner sein

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dieter Heer, wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass zu diesem Thema ausführliche Diskussionen geführt worden seien. Hinsichtlich des Bürgerbegehrens führte er aus, dass mutmaßlich alle Bürger gegen Keime und Tierquälerei seien. Dass durch die Unterschriftensammlung im Erfolgsfall wohl auch der Bau der neuen Geruchsfilteranlage verhindert würde, sei verschwiegen worden.

Er stellte heraus, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Bauleitplanung lediglich zwölf Einwände Privater eingegangen seien, davon sechs aus Gudensberg. Bezüglich der Kritik, der Schlachthof ziehe weitere Stallbauten nach sich, müsse man sich die Tatsache vergegenwärtigen, dass nur wenige Betriebe in unserer Gegend Lieferant von Plukon seien, während die meisten anderen Betriebe die Tiere nach Niedersachsen lieferten. Hinsichtlich der Steuerung von Tierhaltungsanlagen habe man in Gudensberg die „Hausaufgaben gemacht“.



Dieter Heer, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, bei seiner Rede.

Was den Aspekt der Keime anbetreffe, müsse dies im anlagenbezogenen Genehmigungsverfahren seitens des Regierungspräsidiums Kassel geklärt werden. Dafür habe man schließlich entsprechend kompetente Behörden.

Was die kritisierten Arbeitsbedingungen der Schlachthofmitarbeiter betrifft habe man Gespräche mit dem Betriebsrat geführt. Die Zahl der Leiharbeiter werde kontinuierlich zurückgeführt und die meisten Mitarbeiter seien inzwischen fest angestellt. Man müsse bedenken, dass nicht alle Menschen gleich gut bezahlte Berufe haben könnten, aber immerhin handele es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die den Arbeitnehmern eine Existenz sichere.

Was den Tierschutz betreffe, müsse man das Augenmerk nicht auf die Schlachtbetriebe richten, sondern vielmehr auf die Mastbetriebe. Die Einwände, es käme zu unverhältnismäßig hohen Verkehrsbelastungen in Wohngebieten, seien schlicht nicht nachvollziehbar. Eingewendet wurde weiterhin, dass die Form der Fleischproduktion keine Zukunft habe und das Betriebsgelände deshalb später eine Bauruine werden könne. Dieser Hinweis sei paradox, weil ohne Perspektive der Betrieb sofort eine Ruine werden könne. Mit dieser Argumentation dürfe man überhaupt keine gewerblichen Bauten mehr ermöglichen.

Die Stadt müsse sich als verlässlicher Partner profilieren, auch im Hinblick auf künftige Gewerbeansiedlungen. Der Rückzug von Plukon wäre schlecht für die Stadt und Massentierhaltung würde auch weiterhin stattfinden, selbst bei einer Schließung des Schlachthofes in Gudensberg. Ob es besser sei, wenn das Fleisch anderenorts, womöglich im Ausland erzeugt werde, möge dahingestellt bleiben.

Eine BI sei gelebtes bürgerschaftliches Engagement und daher grundsätzlich zu begrüßen. Zu beachten sei aber bei der BI gegen Massentierhaltung, dass viele der handelnden Personen gar nicht aus Gudensberg kämen. Verwerflich sei allerdings, dass durch die Öffentlichkeitsarbeit der BI Mitglieder der städtischen Gremien diffamiert würden. Die CDU-Fraktion halte den bisherigen Weg für richtig, die Gegner des Schlachthofes bauschten ein Schreckensszenario auf.



Marcel Breidenstein (Bündnis 90/Die Grünen): Erweiterung des Schlachthofes überflüssig

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte der Stadtverordnete Marcel Breidenstein zunächst, dass sich deren Fraktion ausdrücklich von der Diffamierung von Mitgliedern der städtischen Gremien durch die BI distanzieren. Inhaltlich teile man jedoch die geäußerten Bedenken, die Stellungnahmen auch auswärtiger Personen unterstreiche dies, etwa die ablehnende Haltung des Bürgermeisters der Gemeinde Bad Ems-tal. Es dürfe nicht verkannt werden, dass rund 10% der

Marcel Breidenstein sprach für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wahlberechtigten das Thema gern direkt entscheiden möchten. Bezüglich der angesprochenen erforderlichen Änderung des § 35 BauGB bat Breidenstein die Mitglieder der SPD-Fraktion, dieses Thema direkt an den Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke weiterzugeben.

Breidenstein kritisierte die Aussagen der Vorredner, der Bbauungsplan müsse von der vorhabenbezogenen Genehmigung nach dem BImSchG getrennt werden. Der Schlachthof und dessen Erweiterung seien überflüssig, denn es gebe keinen weiteren Markt für mehr Fleisch. Man werde im Übrigen rechtliche Schritte gegen die Bauleitplanung prüfen, weil im Aufstellungsbeschluss beispielsweise das Frizzi-Gelände nicht inbegriffen war.